

kommene und wertvolle Unterstützung durch die Genossen Kowalschek und Schütz, Mitglieder einer Brigade der Bezirksleitung. Die Konferenz war ein Erfolg. Bezirksrat Schmitz, Mitglied der NDPD, sprach über den Friedensvertragsvorschlag der Sowjetunion. Außerdem stand auf der Tagesordnung die Republikflucht des bekannten Friedrichshagener Arztes Dr. Sydow. Dieser Umstand, aber auch das Bedürfnis nach einer qualifizierten politischen Aussprache brachten es mit sich, daß von den 200 Eingeladenen mehr als 150 erschienen, zwei Drittel waren Parteilose. 27 ergriffen das Wort, und es wären noch mehr gewesen, wenn es die Zeit erlaubt hätte.

Es ist noch bemerkenswert, daß auch die kleinen örtlichen Probleme immer im Zusammenhang mit den großen politischen Aufgaben gesehen wurden. Der Staatsapparat war stark vertreten. Leiter von Fachabteilungen nahmen zu ihren Fragen Stellung.

Aus dem Kreis der Teilnehmer heraus kam der Vorschlag, noch im Monat Februar eine Einwohnerversammlung durchzuführen, um die Bevölkerung über die Hintergründe der Republikflucht des Dr. Sydow aufzuklären. Alle Konferenzteilnehmer verpflichteten sich, in Hausversammlungen und differenzierten Gesprächen die Friedensvorschläge der Sowjetunion mit der Bevölkerung zu diskutieren.

Diese Beschlüsse wurden auch Zug um Zug verwirklicht, und am 25. Februar, wieder mit Hilfe der Brigade der Bezirksleitung, stieg die Einwohnerversammlung, die mit über 700 Friedrichshagenern eine Höchstbeteiligung aufwies. Es kamen viele Menschen, die sonst kaum an Einwohnerversammlungen teilnahmen. Schon im äußeren Bild der Versammlung kam die Breite unserer patriotischen Bewegung zum Ausdruck. Einberufen war die Versammlung von Abgeordnetengruppen und den Ausschüssen der Nationalen Front. Versammlungsleiter war der Stadtverordnete Müller, Mitglied der LDPD, Referent war Bezirksrat Schmitz, Mitglied der NDPD, und das Schlußwort hielt der Bezirksverordnete

Genosse Dr. Heuer. Im Präsidium saßen unter anderen neben dem 91jährigen Dichter Wilhelm Spohr eine parteilose Hausfrau und eine Krankenschwester, beide langjährige Mitarbeiterinnen in der Nationalen Front.

Ein Aufruf an die Friedrichshagener Bevölkerung, der vielfältig und verteilt wurde, gibt die Meinung der Versammlungsteilnehmer bekannt. Es wird darin gefordert, einen Friedensvertrag abzuschließen und aus dem Agentennest Westberlin eine Freie Stadt werden zu lassen.

Wahlkreiskonferenz und Einwohnerversammlung mit den vorangegangenen Aussprachen und Zusammenkünften haben das gesellschaftliche Leben in Friedrichshagen stark belebt. Man spricht viel über die großen und kleinen Probleme, die dort zur Sprache kamen; Parteilose Mitarbeiter, aber auch manche Genossen, haben durch den erfolgreichen Verlauf der Aktionen viel Auftrieb erhalten. Eine gewisse Müdigkeit ist gewichen.

Es beginnen jetzt die Vorbereitungen für die nächste Wahlkreiskonferenz im April. Dann wollen wir uns in enger Verbindung mit den aktuellen politischen Fragen, mit dem Stadtbezirksplan, dem NAW und der Arbeit der Wohnungskommissionen beschäftigen.

Es wäre aber falsch anzunehmen, wir wollten das gesellschaftliche Leben in den Wohnbezirken einschränken und auf die Wahlkreise verlagern. Unsere Erfahrungen haben bewiesen, daß gut vorbereitete und durchgeführte Konferenzen und Versammlungen der Wahlkreise sehr stark auf die Wirkungsbereiche ausstrahlen.

Darum sollten sich die Wohnbezirksparteiorganisationen mit Unterstützung der Kreisleitungen auch für die politische Massenarbeit in den Wahlkreisen verantwortlich fühlen. Sie werden sehr bald merken, wie positiv sich dies auf die Aktivität in den Wohngebieten auswirkt.

Harry Ucko

Sekretär der WPO 62
Berlin-Friedrichshagen